

Haushaltsanträge 2021 der AfD-Kreistagsfraktion Göppingen

Berichtsanträge (A 1 - A 16)

A 1 Breitband-Internet

Im Hinblick auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes bittet die AfD-Fraktion die Kreisverwaltung über den Ausbaustand von Breitband-Internet im Landkreis Göppingen im September 2021 zu berichten und die weiteren Planungsschritte aufzuzeigen.

Begründung:

Die Verfügbarkeit von breitbandigem Internet ist ein wichtiger Faktor für unsere Unternehmen und für Unternehmen bei der Ortswahl bei Neugründungen und für Unternehmen, die sich überlegen einen Standort neu zu schaffen. Aber auch im Privaten nimmt die Bedeutung in Zeiten der Digitalisierung deutlich zu. Einige Orte im Kreis Göppingen sind diesbezüglich noch nicht ausreichend erschlossen. Daher bitten wir um eine Übersicht des Netzausbaus und wie der weitere Ausbau geplant ist.

A 2 Corona und Suizid

Die Kreisverwaltung berichtet über die Suizidraten der letzten fünf Jahre.

Begründung

Im Rahmen der Corona-Einschränkungen wurde mehrfach von Fachleuten gemutmaßt, dass diese zu einem Anstieg der Suizidrate führen könnten. Wir fragen daher die Verwaltung, ob entsprechende Erkenntnisse vorliegen und bitten um die Suizidzahlen der letzten fünf Jahre – gegliedert nach Monaten.

A 3 Lock-Down Auswirkungen auf Familien und Schüler

Die Kreisverwaltung berichtet ob und ggf. wie sich die Corona-Maßnahmen bei den Hilfeersuchen an das Jugendamt und die psychologischen Beratungsangebote ausgewirkt haben.

Begründung:

Die Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen haben vielfach zu Problemen innerhalb von Familien geführt, insbesondere durch das erzwungene aufeinandersitzen auf engem Raum über längere Zeit. In wie weit hat sich dies bei den Beratungsstellen unter der Zuständigkeit des Landratsamts bemerkbar gemacht?

A 4 E-Mobilität

Die Kreisverwaltung berichtet darüber ob Pläne bestehen die Fahrzeugflotte „klimaneutral“ umzuwandeln und wenn ja, wie dies geschehen soll.

Wir bitten die Verwaltung darüber zu berichten, welche Maßnahmen geplant sind, um das Ziel zu erreichen, die Kreisverwaltung bis 2040 „klimaneutral“ arbeiten zu lassen.

Ferner bitten wir um eine Definition, was genau die Verwaltung unter „klimaneutral“ versteht.

Begründung

Wie im UVA beschlossen wurde, soll der Landkreis 2040 „klimaneutral“ sein. Wir halten dies für unsinnig und völlig realitätsfremd, möchten aber dennoch wissen, wie diese Ziele erreicht werden sollen.

A 5 Maßnahmen Kompensation Wegfall Automobilindustrie und Zulieferer

Die Kreisverwaltung berichtet, welche wirtschaftlichen Auswirkungen mit dem Rückbau der Automobilindustrie und deren Zulieferer im Kreis Göppingen zu erwarten sind.

Weiter berichtet die Verwaltung, welche Maßnahmen zur Kompensation bis September 2021 angedacht sind.

Begründung

Im Rahmen der sogenannten Klimaschutzmaßnahmen wird von allen Altparteien ein regelrechter Feldzug gegen den Verbrennungsmotor geführt. Deutschland, und insbesondere die Region Stuttgart, sind von Einschnitten in diesen Industriezweig ganz besonders betroffen. Es ist daher mit einer erheblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und hier in der Region zu rechnen.

A 6 Evaluation Integrationsplan

Die Kreisverwaltung berichtet, ob es eine Evaluation des alten Integrationsplans gibt und falls dies nicht der Fall ist, ob eine solche erstellt wird?

Begründung

Derzeit wird eine sehr zeitaufwendige Überarbeitung des Integrationsplans durchgeführt. Da bereits ein Integrationsplan bestand, möchten wir wissen, ob dieser einen nachweisbaren Mehrwert erbringt.

A 7 Green Deal

Die Kreisverwaltung gibt Auskunft darüber wie sich der „Green Deal“ der EU auf den Landkreis auswirkt, welche Maßnahmen aufgrund des „Green Deal“ im Landkreis in den Jahren 2020/2021 getroffen werden und wie sich diese finanziell auswirken. Des Weiteren gibt die Verwaltung Auskunft, welche Maßnahmen bisher bis zum Jahre 2040 aus dem Green Deal bekannt sind und den Landkreis tangieren.

Begründung:

Um Transparenz zu gewährleisten und die vom Landkreis gesteckten Klimaziele und damit verbundenen Maßnahmen bis zum Jahr 2040 überblicken zu können muss der Kreistag als Teil der Kreisverwaltung wissen welche Maßnahmen diese konkret sind und welche finanziellen Auswirkungen sich hieraus ergeben.

A 8 Duldungsantrag Flüchtlinge

Die Kreisverwaltung gibt Auskunft darüber, wie viele Duldungen im Landkreis insgesamt im Jahr 2020 bestehen.

Des Weiteren gibt die Verwaltung Auskunft darüber wie viele der Duldungen in 2020 auf „rechtliche Gründe“ und wie viele auf „tatsächliche Gründe“ der Verhinderung der Abschiebung zurückzuführen sind und welche Gründe jeweils konkret die beiden häufigsten pro Sparte für eine Verhinderung der Abschiebung sind.

Die Verwaltung gibt außerdem Auskunft darüber, wie lange (Zeitraum) alle Duldungen im Landkreis im Durchschnitt bestehen, von der Erteilung bis zur faktischen Ausreise.

Des Weiteren wird die Auskunft beantragt, wie vielen Personen seit 2015, die zuvor eine Duldung hatten, ein dauerhafter Aufenthalt, bzw. eine Niederlassungserlaubnis erteilt wurde und nach welchen Anlässen, wie z.B. Arbeitsaufnahme, Studium, Heirat mit deutschen Ehepartnern und Heirat mit nichtdeutschen Ehepartnern mit dauerhaftem Aufenthalt. Bitte differenziert nach Gründen und Kalenderjahren darstellen, sowie in welchen Zeitabständen der jeweilige Status überprüft wird und wie dieser Status nachgewiesen werden muss.

Begründung:

Eine Duldung ist rechtlich gesehen eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung eines ausreisepflichtigen Ausländers. Sie stellt keinen Aufenthaltstitel dar und begründet daher auch keinen rechtmäßigen Aufenthalt.

Das bedeutet, jeder geduldete Ausländer muss letzten Endes das Land verlassen, es besteht mit der Duldung nur eine Aussetzung der anstehenden Abschiebung. Wir wollen wissen, welche Gründe es für die Aussetzung der Abschiebung gibt, unterteilt in rechtliche Gründe und tatsächliche Gründe und welche bei den rechtlichen und tatsächlichen Gründen jeweils konkret die beiden häufigsten Ursachen sind um mit der Verwaltung ggf. an den entsprechenden Punkten nachjustieren zu können. Die Missbrauchsmöglichkeiten zum Erschleichen eines rechtmäßigen Aufenthaltes in Deutschland z.B. durch Scheinehen oder Studienplatz-Hopping sind weltweit bekannt.

A 9 Gefährderauskunft

Die Kreisverwaltung gibt Auskunft darüber, wie viele Personen mit der Einstufung „Gefährder“ im Landkreis aktuell (Zahlen so aktuell als möglich) wohnhaft sind.

Unterteilt in:

- islamistische Gefährder
- Politisch motiviert rechts
- Politisch motiviert links

Begründung:

Die Innere Sicherheit ist eines der höchsten Güter in unserer Gesellschaft. Um diese zu bewahren müssen die Mitglieder des Kreistags wissen, ob die Sicherheit im Landkreis durch Personen mit der Einstufung „Gefährder“ aus verschiedenen Motivationen heraus besonders gefährdet ist, um entsprechende Maßnahmen veranlassen zu können und Transparenz zu gewährleisten.

A 10 Schadholz in Festmeter

Die Kreisverwaltung gibt Auskunft darüber wie viel Schadholz in Festmeter (nicht in Prozent) bei den einzelnen Baumarten 2020 angefallen ist.

Des weiteren gibt die Verwaltung Auskunft darüber wie viel Festmeter Schadholz pro Baum pro Baumart im Durchschnitt anfallen und wie viel Festmeter regulär geschlagen werden.

Begründung:

Die prozentuale und gesamtheitlich angegebene Schadholzmenge sagt nichts über die tatsächliche Schadholzmenge der einzelnen Baumarten in Festmetern aus.

A 11 UMA`s (Unbegleitete minderjährige Ausländer)

Die Kreisverwaltung informiert: wieviele UMAs wurden seit 2015 im Landkreis aufgenommen?

Wieviele von denen sind noch im Kreis?

Wieviele Familienangehörige folgten auf Grund der Familienzusammenführung den UMAs, kamen ihnen nach?

Was kostet ein UMA im Durchschnitt pro Jahr? Wer zahlt das?

Wer finanziert die Familienangehörigen?

Wieviel haben diese bisher aufaddiert von 2015 bis 2019 gekostet?

Können Erwachsene, ehemalige UMAs abgeschoben werden?

Begründung:

Es wird von interessierter Seite immer wieder der humanitäre Charakter der Aufnahme der UMAs betont. Wir möchten gern wissen was diese „Humanität“ kostet und für wieviele Familienangehörige im Durchschnitt ein UMA der Fluchtanker ist

A 12 Weiterführung B10

Wir möchten zum September 2021 den Sachstand der Weiterführung der B 10 wissen.

Begründung:

Die Realisierung des Ausbaus der B 10 ist DER wichtigste Punkt für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Großen Kreisstadt Geislingen.

A 13 VVS-Eingliederung

Wir erbitten einen Bericht über die Eingliederungserfolge in den VVS im September 2021.

Begründung:

Die VVS-Integration ist ein wichtiger Schritt in der strategischen Verkehrspolitik der Kreise. Die Erfolge (und notwendigen noch-Arbeiten) sollen aufgezeigt werden.

A 14 Sachstand Metropolexpress

Wir erbitten einen Sachstand zur Realisierung des Metropolexpress bis Ulm im UVA September 2021.

Begründung:

Der Metropolexpress zwischen Stuttgart und Ulm ist ein wichtiger Verkehrspolitischer Meilenstein. Seine Umsetzung bedarf viel Innovation. U. U. könnte das fehlende dritte Geleis in Geislingen gefunden werden oder es ist nicht mehr notwendig wenn in 2022 die Strecke Wendlingen nach Ulm in Betrieb geht.

A 15 Gewerbeflächen im Kreis

Die Kreisverwaltung berichtet im Juli 2021 über den Stand der vorhandenen Gewerbeflächen, über ev. Folge- oder Nachnutzungen von Gewerbebrachen und über ein Gewerbebrachennutzungskonzept

Begründung:

Sofort nutzbare Gewerbeflächen sind im Kreis nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Immer neue Flächenausweisungen sprechen gegen die Absicht eines geringen Flächenverbrauchs. Im Rahmen der möglichen Umstrukturierung von großen Teilen unserer Wirtschaft werden sicher industrielle Brachflächen anfallen. Diese sind wegen ihrer vorhandenen Erschließung ideal für Folgenutzungen. Über solch innovative Wege möge die Verwaltung berichten.

A 16 Feuerwehr - Waldbrandvorbereitung

Die Kreisverwaltung berichtet, wie die Feuerwehren im Kreis auf eventuelle Waldbrände vorbereitet sind, welche Sicherungssysteme existieren und welche Gefahrenabwehrmaßnahmen sofort aktiviert werden können

Begründung:

Ohne Schuldzuweisung sei daran erinnert, wie unvorbereitet und katastrophenerfahren die Verwaltungen zu Coronabeginn agierten/agieren mussten. Die Klimaänderungen und Trockenperioden der letzten Jahre haben in vielen Landstrichen immer wieder zu Waldbränden, die länger nicht gelöscht werden konnten auch in Deutschland geführt. Wir möchten wissen ob aus den o. g. Coronaerinnerungen Feuerwehr und Katastrophenschutzdienste auf mögliche Waldbrände größeren Ausmaßes vorbereitet sind.

Haushaltswirksame Anträge (A 17 - A 20)

A 17 Wildunfälle

Die Kreisverwaltung gibt Auskunft, wie viele Wildunfälle es in den Jahren 2018 / 2019 im Landkreis Göppingen gab. Des weiteren werden Straßenbegrenzungspfosten an Wildunfallsschwerpunkten mit blauen Reflektoren als präventive Maßnahme ausgestattet wo dies noch nicht umgesetzt wurde.

Begründung:

Bei ca. 10.000 Wildunfällen im Südwesten pro Jahr verursachen diese Unfälle insgesamt einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden. Als präventive Maßnahme schlagen wir vor die Straßenbegrenzungspfosten mit blauen Reflektoren auszustatten in den Bereichen, die im besonderen Ausmaß von Wildunfällen betroffen sind.

A 18 Städtetagsaktion „1000 Bäume in 1000 Gemeinden“

Die Landkreisverwaltung fördert die Städte- und Gemeindetagsaktion „1000 Bäume in 1000 Gemeinden“ durch Bereitstellen geeigneter Flächen.

Begründung:

Nachdem bisher lediglich 4 von 39 Gemeinden im Landkreis an dieser Aktion beteiligt waren/ sind, sollte die untere Forstbehörde des Landkreises hier aktiver mitwirken, durch z.B. Bereitstellen von geeigneten Flächen. Des weiteren sollte die untere Forstbehörde Privatpersonen und Wirtschaftsunternehmen stärker in die Aufforstung mit einbinden.

A 19 Bienen- und Insektenfreundlicher Landkreis

Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, kreiseigene Flächen auszuwählen, die insekten- und bienenfreundlich umgestaltet werden können. Überdies soll die Homepage des Landkreises einen Appell sowie Handlungshinweise zur Umsetzung von bienen- und insektenfreundlichen Maßnahmen enthalten. Wir regen an zu prüfen ob zur Finanzierung der Maßnahmen Fördermittel abgerufen werden können.

Begründung:

Der Bestand der Insekten ist in den vergangenen Jahren erheblich zurückgegangen. Neben der Funktion als Bestäuber von Kultur- und Wildpflanzen sind Insekten die Nahrungsquelle für viele Lebewesen. Auch deren Rückgang ist bereits nachweisbar, u. a. beim Bestand der Feldvögel.

Als Ursachen für Artenverlust und Rückgang der Insektenbiomasse ist u.a. eine vielfältige Intensivierung der Landnutzung auszumachen. Dazu gehören der regelmäßige Einsatz von Chemikalien, die Versiegelung der Böden und die strukturelle Verarmung des Lebensraumes von natürlicher Fauna und Flora. Um Insekten wieder mehr geeigneten Lebensraum zu bieten, gibt es bewährte Möglichkeiten und Maßnahmen, insbesondere auch im Rahmen von landwirtschaftlichen Strukturen. Wir bitten die Verwaltung zunächst im eigenen Bereich zu versuchen, positive Änderungen zum Erhalt der Artenvielfalt vor Ort umzusetzen und auch dieses in den Kommunen anzuregen. Wir begrüßen sehr, dass sich einige Kommunen im Landkreis bereits aktiv engagieren.

A 20 Baustellen - 24 Stundenbetrieb

Der Kreis wird dort, wo es rechtlich möglich und für die Verkehrssicherheit wichtig ist, den 24-Stunden-Baustellenbetrieb verlangen.

Begründung:

Jeder weiß Baustellen hindern den Verkehrsfluss. Diese Probleme sollen mit dem Antrag reduziert werden.

Freundliche Grüße

Michael Weller

AfD-Fraktionsgeschäftsführer, im Namen der AfD-Kreistagsfraktion Göppingen